



NEWSLETTER IV/2012

NORD|SÜD *news*



Foto: © flickr/freesoft; CC BY 2.0

„Grün reicht nicht, wir wollen auch fair“

Grüne Ökonomie hat ein Riesenpotenzial, in etlichen Branchen Arbeitsplätze zu schaffen, zeigt eine Studie des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Dabei gehe es nicht darum, traditionelle Arbeitsplätze zu ersetzen, sondern zu transformieren, sagt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow.

Nord-Süd-Netz: Sharan Burrow, egal ob Windparks auf hoher See installiert, Solarpaneele auf Dächern montiert, Ökoautos konstruiert werden – das machen nicht viele Frauen. Sind grüne Jobs Männersache?

Sharan Burrow: Es geht bei grünen Jobs doch nicht nur um Erneuerbare Energien, auch wenn sie ganz wichtig sind. Wir müssen jeden Job grüner machen. Um diese Transformation kommen wir

nicht herum, wollen wir unseren Kindern und Enkeln lebenswerte Umwelt übergeben. Sonst heizen wir die Erde auf, beuten sie aus. Auf einem toten Planeten gibt es aber gar keine Jobs mehr. Wir haben die moralische Verpflichtung und die ökonomische Chance, neue Qualitätsjobs zu schaffen.

Es wird keine Verlierer geben?

Wir dürfen uns nicht verrückt machen lassen. Seit der industriellen Revolution müssen wir Transformationen meistern. Und unsere Aufgabe ist es, gute Arbeit zu schützen. Ein paar Fakten: 2050 müssen wir 50 Prozent mehr Nahrung produzieren. 45 Prozent mehr Energie und 30 Prozent mehr Wasser, allein, weil die Weltbevölkerung wächst. Da entstehen Jobs, wir müssen es nur richtig machen – grüner.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | „Grün reicht nicht, wir wollen auch fair“ S. 1–2

Kommentiert

- | Gewerkschaften und grüne Jobs.
Es geht um jeden Arbeitsplatz! S. 3

Green Jobs

- | Erneuerbare Energien: Revolution im Verzug S. 4
- | Abfallwirtschaft:
Recycling-Pioniere ohne Lobby S. 5
- | Alternative Kraftstoffe:
Dreckiger Sprit vom Acker S. 6

Aus Projekten und Kampagnen

- | Generalstreik: ArbeiterInnen Indonesiens, vereinigt Euch! S. 7

Notiert

- | Wieder brennt eine Textilfabrik; Guter Film: Müll im Garten Eden; Böser Film: Der Hobbit; Unfaire Fußball-WM in Katar; Unterdrückte News
Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

Was ist denn dann ein grüner Job?

Grüne Jobs – das ist ein Slogan. Die Leute verheddern sich in den Definitionen. Auch in einer grünen Ökonomie haben wir es mit traditionellen Jobs zu tun. Wer ein ökologisches Haus bauen will, braucht auch Architekten, Elektriker, Maler. Das sind alles Jobs, die wir heute schon kennen, bei denen aber ökologischer gearbeitet wird. Und die Bauteile bleiben ebenso traditionell: Aluminium, Stahl, Glas – aber deren Produktion muss sauberer werden. Viele meinen, dass sie traditionelle Jobs ersetzen, wenn sie grüne Jobs sagen. Das ist falsch.

Obwohl neue Qualifikationen verlangt werden, geht die Entwicklung nicht zu Lasten der Beschäftigten?

Nochmal, es ist ein Fehler, so zu denken. In den frühen 90er Jahren redeten die Leute darüber, dass wir eine Wissensgesellschaft bekommen mit all der neuen Technologie und dass traditionelle Jobs ersetzt werden. Die Gewerkschaften haben schon damals gesagt, dass das so nicht stimmt, weil neue Technologien in den traditionellen Arbeitsbereichen wachsen. Das ist jetzt dasselbe. Wir werden nach und nach im Baubereich, in der Elektrizitätswirtschaft, im Agrarsektor mit neuen Technologien arbeiten.

Das ist sehr optimistisch.

Nehmen wir zum Beispiel Plastik. Das wird auch in der Zukunft produziert, aber man wird womöglich organisches Material zusetzen, die Produktionsbasis wird sich also verändern, ein Produktionsjob wird es aber immer bleiben. Im Elektrizitätswerk werden die CO₂-Emissionen sinken. Die Autobauer werden Hybrid- und Elektroautos entwickeln, aber wir werden auch in den öffentlichen Personennahverkehr investieren.

Aber Leute werden in der Automobilindustrie ihre Jobs verlieren, wenn langfristig weniger Autos rollen sollen.

Das ist reiner Pessimismus. Selbst wenn sich Car-Sharing stärker durchsetzt, müssen immer noch Autos gebaut werden. Zumal immer mehr Leute mobil sein wollen. Autofirmen werden keine Jobs streichen müssen, wenn sie neue Technologien voranbringen.

Die Firmen mit großen Forschungsabteilungen sitzen im Norden. Hängen sie den Süden ab?

Sicher, das Kapital der Autoindustrie sitzt immer noch im reichen Teil der Welt. Aber die Produktion ist auch im Süden. Dort stellt sich die Herausfor-

derung, die Produktion sauberer zu machen und die Arbeitsbedingungen auch.

Grünere Jobs garantieren keine gute Arbeit. Leiharbeit, lange Arbeitszeiten, hohe Belastungen – das gibt es in Deutschland zum Beispiel auch in der Windkraftbranche. Sind Gewerkschafter Getriebene oder Treiber einer grünen Ökonomie?

Gewerkschafter müssen Arbeitnehmer für sich gewinnen und Betriebsvereinbarungen schließen. Das ist unser Job und wird es auch bleiben.

Das reicht aber nicht für die grüne Transformation. Dafür braucht man auch Geld.



Sharan Burrow: „Auf einem toten Planeten gibt es keine Jobs mehr.“

Würden Länder zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in die grüne Wirtschaft investieren, kämen wir enorm voran. Damit könnten in den nächsten fünf Jahren Millionen Jobs geschaffen werden. Das hat eine Studie gezeigt, die wir letztes Jahr in zwölf Ländern gemacht haben. Demnach könnten in Südafrika im Transportsektor pro investierter Million US-Dollar bis zu 126 Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Landwirtschaft in Ghana könnten für dieselbe Summe bis zu 291 Arbeitsplätze entstehen.

Ist die Finanzkrise eine Chance zum Umsteuern?

Die Regierungschefs schützen die Interessen von Banken und Finanzinstituten, aber nicht die der Bürger. Wir haben für unseren Frontline Report 2012 dazu eine globale Umfrage in 13 Ländern gemacht, auch in Deutschland, Griechenland und Südafrika. Demnach gibt es – fünf Jahre, nachdem die ersten Anzeichen der globalen ökonomischen Krise zu sehen waren – eine Lücke zwischen dem, was die Regierungschefs machen, und dem, was die Wähler wünschen.

Was heißt „Lücke“?

58 Prozent der Bürger sind der Meinung, dass ihre Regierung die falsche Richtung einschlägt, 67 Prozent glauben nicht daran, dass sie die ökonomischen Entscheidungen selbst beeinflussen können. Die Politik hat sich auf eine Sparpolitik festgelegt, ohne zu sehen, was das für die Menschen bedeutet: nämlich geringere Einkommen und Arbeitslosigkeit. Es ist höchste Zeit, dass die Regierungen ihren Kurs ändern – hin zu einer job- und lohnbringenden Erholungsstrategie.

Die meisten Staats- und Regierungschefs sperren sich, investieren nicht in Grüne Wirtschaft, lassen auch jede Klimakonferenz scheitern. Gewerkschafter können das ändern?

Es hilft nichts, wir müssen die Jobtransformation vorantreiben, mit dem Wir-tun-nichts-Ansatz der Politik kommen wir nicht weiter. Das müssen wir durchbrechen.

Was ist der Hebel der Gewerkschaften?

Wir wollen jetzt Pensionsfonds zur betrieblichen Altersversorgung von Mitarbeitern dazu bringen, mehr in grüne Infrastruktur zu investieren – mit guten Gründen. Normalerweise ist der Staat beteiligt, eine vernünftige Rendite also garantiert. Die Wirtschaft wird gefördert. Das bringt Jobs.

Das Interview führte Hanna Gersmann.

 Biografie:

Sharan Burrow ist Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB/ITUC). Burrow wurde 1954 in Warren, einer Kleinstadt im australischen Bundesstaat New South Wales (NSW), als Kind einer in der Gewerkschaftsbewegung aktiven Familie geboren. Ihr Ur-Ur-Großvater war an dem Schafschereerstreik von 1891/92 beteiligt und wurde einer der ersten Organisatoren der Australian Workers' Union. Sharan Burrow ist studierte Pädagogin.



Es geht um jeden Arbeitsplatz!

Dass Gewerkschafter in der aktuellen Situation grüne Jobs fordern, mag überraschen. Denn haben wir nicht genug zu tun mit den sozialen Unruhen in der Welt, mit steigender Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen?

Sicher, Arbeitnehmer wollen und sollen ihre Arbeit behalten, wenn möglich gute Arbeit. Ökologie hat für sie zunächst keine Priorität. Allein: Unser derzeitiges Ökonomie-Modell hat nicht nur die Kluft zwischen Reich und Arm wachsen lassen, es führt auch zur Zerstörung unserer natürlichen Ressourcen. Und niemand kann erwarten, dass wir die Krise mit dem gleichen Modell lösen, das sie verursacht hat. Dagegen bietet der ökologische Umbau eine Chance. Schon heute arbeiten laut Internationaler Arbeitsorganisation ILO weltweit beispielsweise 2,3 Millionen Menschen in dem Bereich Erneuerbare Energien. Insgesamt zeigt sich, dass die Beschäftigungszahlen in grünen Sektoren oft höher sind als in traditionellen.

Natürlich sind auch diese grünen Jobs nicht perfekt. Viele sind weit davon entfernt, die ILO-Kriterien für gute Arbeit zu erfüllen. Da sind die Löhne nicht fair, haben Männer und Frauen nicht die gleichen Chancen, machen die Arbeitsbedingungen krank. Das beste Beispiel dafür sind Müllsammler oder Plantagenarbeiter. Oder der Bau, wo weltweit die meisten tödlichen Unfälle passieren. Behörden und Gewerkschaften stehen deshalb vor der Herausforderung, den grünen Umbau zu fördern und zugleich dafür zu sorgen, dass er auch eine sozial nachhaltige Alternative für alle Beschäftigten wird, besonders auch für Frauen, Jugendliche und Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Dabei wäre es naiv zu glauben, man müsse nur neue Jobs schaffen, um die Transformation gerecht zu gestalten. Die Jobs in manchen Wirtschaftszweigen werden weniger



Foto: © ITUC/IGB

Anabella Rosemberg: „Fairness ist eine politische Entscheidung“

werden, in anderen werden sie zunehmen, in den meisten werden sie sich verändern. Manche Qualifikationen werden nicht mehr gebraucht werden. Die sozialen Sicherungssysteme werden weiter unter Druck geraten, wenn sie die Veränderungen abfedern müssen. Der Angst vor dem Jobverlust muss mit einer proaktiven Politik begegnet werden, niemand darf glauben, dass Arbeitnehmer passiv auf bessere Zeiten warten. Solche Umbrüche können nicht reibungslos verlaufen. Aber Fairness ist eine politische Entscheidung.

Eine gerechte Transformation sieht so aus: Es gibt ein politisches Interventionskonzept mit dem Ziel, die Arbeitnehmer beim grünen Umbau mitzunehmen. Dazu müssen Arbeitnehmerrechte garantiert, aktive Arbeitsmarktpolitiken – wie Ausbildung, Umschulung und Qualifizierung – ausgebaut und die Löhne in gefährdeten Sektoren gesichert werden. Wir brauchen Forschung über die möglichen Auswirkungen von Umweltpolitik und ernsthaften sozialen Dialog. Auch auf der lokalen Ebene, wo der Niedergang eines Sektors große Beschäftigungslücken verursachen kann,

müssen wirtschaftliche Alternativen erarbeitet werden. Sonst kann die grüne Wirtschaft auch unfair und teuer werden.

Was heißt das für Gewerkschaften? Der IGB ist von seinen Mitgliedern noch nie so unterstützt worden wie bei der Forderung nach ehrgeizigen Klimazielen. Außerdem gibt es die Möglichkeit, im entstehenden grünen Sektor neue Mitglieder zu gewinnen. Das zeigt: Die Gewerkschaften werden Treiber für den grünen Umbau. Und das ist richtig! Denn: Alle Arbeitsplätze hängen daran.

Anabella Rosemberg



Die Kommentatorin ist Referentin für Umwelt und Arbeitsschutz beim Internationalen Gewerkschaftsbund.

Klima schützen, Jobs schaffen

150-Stundenkilometer-Böen, 10-Meter-Wellen im Hafen von New York – der Hurrikan Sandy im Herbst 2012 war wieder ein Alarmzeichen. Es sei zwar schwierig, jeden Sturm auf den Klimawandel zurückzuführen, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen. „Aber wir alle wissen: Durch den Klimawandel bedingtes Extremwetter ist die neue Normalität.“ Besonders gefährdet sind etliche Länder des Südens. Ihre Strukturen sind landwirtschaftlich geprägt, deshalb sind sie verstärkt vom Wetter abhängig. Insbesondere, wenn auch noch nur wenige Agrarprodukte den Export dominieren, der die wichtigen Devisen einbringt. Erschwerend kommt hinzu, dass Armut, fehlendes Know-how und Mangel an ausgebildetem Personal Anpassungsmaßnahmen etwa gegen steigende Meeresspiegel, Extremwetterlagen und steigende Temperaturen erschweren. Wüstenbildung und Bodenerosion sind vielerorts weit fortgeschritten. Die UN warnen vor Fluchtbewegungen und Krisenrisiken.

Die Ilo hat deshalb grünes Wirtschaften zu ihrem Arbeitsschwerpunkt für 2013 gemacht. Ziel ist, den Ausstoß an Treibhausgasen zu verringern und so den Klimawandel zu verlangsamen. Zusätzlich birgt grünes Wirtschaften Potenziale. Neue und bessere Arbeitsplätze können entstehen – wenn der Prozess richtig angegangen wird. Dass grüne Jobs auch fair sein können, zeigt der Internationale Gewerkschaftsbund in seiner Studie „Grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen.“



Foto: © Crozet, M./ILO

Umschulungen werden nötig: Arbeitsamt in Tianjin, China



Weitere Informationen: Die Studie: www.ituc-csi.org



Revolution im Verzug

Pretoria ist in der Bringschuld. Seit neun Jahren trägt die südafrikanische Regierung den verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien als Staatsziel vor sich her. Im vergangenen Jahr hat sie einen „Integrated Resource Plan“ verabschiedet, der den Energiemix ab 2014 voranbringen soll. Denn Südafrikas Energiewirtschaft basiert bislang auf Kohle. Das Land ist der größte CO₂-Emittent in Afrika.

Viel Zutrauen in Sonne, Wind und Wasser haben Präsident Jacob Zuma und Co nicht: Die Kohle wollen sie vor allem durch Atomenergie ersetzen. So sollen bis 2030 sechs neue Atomkraftwerke und zwei neue Kohlekraftwerke gebaut werden, der Anteil Erneuerbarer Energien soll auf neun Prozent steigen. „Das Morgen gehört denen, die sich heute vorbereiten“, sagt Umweltministerin Edna Molewa.

Den zivilgesellschaftlichen Akteuren reicht das nicht. Gewerkschaften, Initiativen und Umweltverbände haben sich in der Kampagne „One Million Climate Jobs“ zusammengeschlossen und fordern, dass Südafrika unabhängig von fossilen Brennstoffen wird. „Wir wollen 100 Prozent erneuerbare Energie bis 2050“, sagt Ruth Mhlanga von Greenpeace Afrika. Allein von einer Neuausrichtung des staatlichen Energiekonzerns Eskom hin zu mehr Solar- und Windstrom verspricht sie sich bis 2032 78.000 und bis 2050 149.000 neue Arbeitsplätze – ein enormer Anreiz für Südafrikas Jugendliche, die besonders unter der hohen Arbeitslosigkeit leiden.



Foto: © Greenpeace

Die ersten Solarpaneele sind montiert

Immerhin gehe der Zug allmählich „in die richtige Richtung“, meint Zwelinzima Vavi, Generalsekretär des größten südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU. Auf Initiative der Regierung werden erste Solarpaneele auf Dächern installiert. Doch oft sind die Gemeinden selbst weder bei der Planung noch bei der Umsetzung dabei. Das macht es schwer, auch die Öffentlichkeit für die verstärkte Nutzung sauberer Energie zu gewinnen. „Wir wollen mehr Druck auf die Regierung ausüben, bei der Umstrukturierung nicht nur mit profitorientierten Firmen zu arbeiten, sondern den sozialen Aspekt einzubeziehen“, meint Christelle Terreblanche, Programmkoordinatorin bei „One Million Climate Jobs“.



Foto: © Flickr/Lullie-Pop, CC BY 2.0

Riesenspotenzial für Windenergie: große unbesiedelte Flächen und beste Windverhältnisse

Mehr Verantwortung der Kommunen würde es auch den Gewerkschaften erleichtern, das Thema zu diskutieren: Auch viele Hauptamtliche befürchten, dass eine Energiewende den Strom für private Haushalte verteuert. Dieter Seifried vom deutschen energiewirtschaftlichen Büro Ö-quadrat, der COSATU bei der Erstellung eines Energie- und Beschäftigungsprogramms berät, sagt: „Man tut sich hier schwer mit der Vorstellung, das staatliche Monopol aufzubrechen.“ Seifried schlägt eine Förderung nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbare Energien Gesetzes vor, das die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen und feste Vergütungen garantiert. Eventuell steigende Preise müssten durch Sozialtarife und Stromsparinitiativen kompensiert werden.

Auch für verschwindende Arbeitsplätze brauche man einen Ausgleich, sagt Jonas Mosia, Programmberater bei COSATU. „Es muss einen fairen Übergang zur grünen Energie geben.“ Arbeit-

nehmer, die im „alten Energiesektor“ keine Arbeit mehr finden, sollen für den neuen Jobmarkt umgeschult werden. Vor allem die Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM fürchtet, gut bezahlte Jobs bei Eskom zu verlieren, die von der Privatwirtschaft in den neuen Energiezweigen nicht aufgefangen werden können. Denn dort werden junge und qualifizierte Arbeitskräfte gesucht. Dabei sind die traditionellen Arbeitsplätze durchaus nicht immer erstrebenswert. Die Arbeitsbedingungen in den südafrikanischen Kohleminen sind berüchtigt. Der Abbau ist gefährlich. Oft fehlt es an der nötigsten Ausrüstung.

Auch aus diesem Grund hält es Mosia für sinnvoll, die Kohlenutzung bis 2030 um ein Drittel zu reduzieren. „Aber die Regierung nimmt die Erneuerbaren Energien nicht sehr ernst.“ Angeblich fürchte sie um die Grundversorgung. Greenpeace widerspricht: „Natürliche Energiequellen können landesweit vernetzt werden. Der Bedarf ist ja

auch nicht konstant“, sagt Expertin Mhlanga. „Es fehlt an politischem Willen, sich hinter eine Energierevolution zu stellen.“

Noch ist COSATU nicht an Projekten beteiligt. Aber Mosia kann sich vorstellen, dass sich der Verband beispielsweise für eine stärkere Nutzung von Biomasse einsetzt, denn nach der bisherigen Landumverteilung in Südafrika lägen viele Äcker brach. Kooperativen könnten dort Pflanzen für Agrarkraftstoffe anbauen und so Jobs schaffen, die nicht nur die Energiewende voranbringen, sondern auch gute Arbeitsbedingungen bieten.

Martina Schwikowski



Die Autorin lebt und arbeitet als freie Journalistin in Johannesburg.



Weitere Informationen: www.climatejobs.org.za; www.cosatu.org.za; www.oe2.de



Recycling-Pioniere ohne Lobby

Sie stehen in der Müll-Wiederverwertungskette an der vordersten und schmutzigsten Front. Die Müll-Sammler in Indonesien leben von dem, was andere zurück lassen. Sie sortieren Papier, Plastik, Metalle und Flaschen aus dem Müll und verkaufen sie weiter.

Die überbevölkerte Insel Java, die sich nur auf sieben Prozent der Landfläche Indonesiens erstreckt, aber über 50 Prozent der Indonesier beherbergt, scheint zunehmend unter Abfallbergen zu ersticken. Kommunale Müllabfuhr gibt es in dem 240 Millionen-Einwohner-Land nicht. Dabei wächst die Wirtschaft rasant, getragen auch vom

privaten Konsum der Mittel- und Oberschicht. Auf der anderen Seite leben etliche Millionen unter der Armutsgrenze. Zu ihnen gehört das Gros der Müllsammler. „Nicht einmal die nationale Statistikbehörde weiß, wieviele es sind“, sagt Wardah Hafidz, Koordinatorin des Urban Poor Consortiums (UPC) in Jakarta. Allein auf Bantar Gebang, einer der größten Müllhalden Südostasiens, etwa 30 Kilometer östlich von Jakarta, leben rund 2.000



Foto: © Lissac P/ILLO

Ganze Familien leben vom Abfall anderer

Doppelte Chance Recycling

Wegen der weltweit wachsenden, oft giftigen Müllberge ist die Abfall- und Recyclingwirtschaft eine große Herausforderung für eine Grüne Wirtschaft. Angesichts zunehmender Rohstoffknappheit ist sie aber auch eine Chance: Denn ein großer Teil der Rohstoffe landet im Müll und kann recycelt werden – wobei sich gegenüber der Primärgewinnung gigantische Mengen Energie sparen lassen.

Aluminium etwa stammt heutzutage zu 25 Prozent aus Abfällen, deren Verwertung 95 Prozent weniger Energie verbraucht als der Abbau von Aluminiumerzen wie Bauxit. Das derzeit angebotene Blei ist zu 45 Prozent recycelt, die Energieersparnis liegt bei 85 Prozent. Ähnliche Rechnungen lassen sich für andere Metalle, aber auch für Plastik und Papier aufmachen.

Laut ILO arbeiten weltweit offiziell vier Millionen Menschen in der Abfallwirtschaft. Studien zufolge schafft Recycling dabei 10- bis 20-mal so viele Jobs wie die Entsorgung auf Müllkippen. Zudem sind diese besser bezahlt.

Das gilt allerdings nicht für den gigantischen informellen Sektor: 15 bis 20 Millionen Menschen arbeiten hier quasi als Recycling-Pioniere, ohne aber von den dadurch zu erzielenden Renditen zu profitieren.

Familien von dem, was andere weggeworfen haben. Täglich kommen etwa 6.000 Tonnen Müll aus der Hauptstadt hier an.

Wie hier arbeiten die Menschen auf vielen Halden nicht einmal auf eigene Rechnung, sondern wie Sklaven. Viele wurden mit falschen Versprechen in die Stadt gelockt. Tatsächlich gibt es bestenfalls einen Schlafplatz, der sofort in Rechnung gestellt wird. Das Geld für die ersten Ausgaben am neuen Wohnort können sich die Müllsammler bei ihren Chefs leihen – und landen damit in einer Art Schuldknechtschaft. Bei Tag und Nacht wühlen sie sich durch die stinkenden Müllberge. Atemwegserkrankungen, Durchfall und Hautausschläge sind ihre ständigen Begleiter. Wer wo sammeln darf, ist streng festgelegt, die Müllbosse teilen die Reviere wie in einer Mafia unter sich auf.

Müllsammler leben von der Hand in den Mund. Oft ernähren sie sich von faulenden Abfällen. Meist sind sie nicht einmal an ihren neuen Wohnorten gemeldet. Das wäre aber die Voraussetzung, um die Teilnahme an der staatlichen Gesundheitsversicherung für Mittellose beantragen zu können. Der Müllsektor ist informell und damit nicht auf dem Radar der hiesigen Gewerkschaften. „Obwohl es so viele Müllsammler gibt, existiert weder auf der nationalen Ebene noch auf der lokalen Ebene eine gewerkschaftliche Interessenvertretung“,

sagt der Arbeiter-Aktivist Sastro Anwar Ma'ruf. Das mache sie vollkommen abhängig vom Preisdruck der Müllabnehmer. Der Regierung seien sie egal. „Und die Umwelt-NGOs schauen meist vor allem auf die Umweltfolgen, weniger auf die sozialen Belange.“

Der niedrige Organisationsgrad spiegelt die Realität im Transformationsland Indonesien, das sich erst seit 14 Jahren im Demokratisierungsprozess befindet. Bis dahin waren unabhängige Gewerkschaften unter Diktator Suharto verboten. „Selbst im formellen Sektor sind erst zehn Prozent der Arbeiter organisiert“, so Sastro Anwar Ma'ruf. Und auch die Regierung tue kaum etwas, um sie

beim Aufbau von kleinen Recycling-Unternehmen zu unterstützen. Dabei könnten diese sowohl Arbeitsplätze bringen als auch dem Umweltschutz dienen. „Die städtischen Regierungen haben kaum Bewusstsein für das Müllproblem. Umweltschutz und alternative Ansätze gehören nicht zu ihren Prioritäten“, kritisiert UPC-Koordinatorin Wardah Hafidz. Zwar gebe es einzelne Müllentsorgungs-Programme, doch die seien weit davon entfernt, nachhaltig und flächendeckend zu operieren. Es fehle an umfassenden und partizipatorischen Ansätzen, die Wissen über Müllvermeidung, Mülltrennung und Recycling in breitere Gesellschaftsschichten tragen.

Dass man damit gar nicht früh genug anfangen kann, beweist ein Projekt der „Schule der Naturkinder“, einer lokalen Freien Schule in Yogyakarta. Dort gibt es einmal wöchentlich eine „Müll-Bank“, zu der die Kinder ihren vorher zu Hause sortierten Müll mitbringen. Dieser wird an eine Müllsammler-Gruppe verkauft. Der Ertrag wird von den Kindern in Sparbüchern selbst registriert und verwaltet. So helfen die Schüler den Müllsammlern, lernen Umweltbewusstsein und machen ganz nebenbei praktischen Mathematikunterricht.

Anett Keller



Die Autorin ist freie Journalistin in Indonesien.



Weitere Informationen: www.ilo.org



Dreckiger Sprit vom Acker

Seit 2003 setzt Brasilien auf den Ethanol-Boom: Mit öffentlichen und privaten Investitionen will die Regierung ihr Land zum Weltmarktführer machen, den Agrosprit preist sie als „grün“ und „sauber“ an. Über 13 Millionen Flex-Fuel-Autos, die sowohl mit Benzin als auch mit Ethanol fahren, wurden im letzten Jahrzehnt verkauft.



Foto: © Verena Glass

„Zu alt für einen Vertrag“: Landarbeiter Luiz Cesar Santos

Mit der Weltwirtschaftskrise ab 2008 stellten manche der gut 500 Zuckerrohr- und Ethanol-fabriken ihren Betrieb vorübergehend oder endgültig ein, doch die Anbaufläche wächst weiter: Derzeit wird in Brasilien auf 8,5 Millionen Hektar Zuckerrohr angebaut, das ist eine Fläche größer als Österreich. Während auf den flachen Plantagen der Bundesstaaten São Paulo oder Mato Grosso do Sul die Mechanisierung unaufhaltsam zunimmt, prägen im Nordosten weiterhin ausgebeutete Zuckerrohrschneider das Bild. Luiz Cesar Santos aus dem Staat Pernambuco bezieht seinen kargen Lohn über eine Drittfirma, die ihm weder die Machete noch Schutzausrüstung oder Essen bereitstellt. „Ich bin zu alt, um einen ordentlichen Vertrag bei einer Fabrik zu bekommen“, sagt der 55-Jährige, der Zuckerrohr schneidet, seitdem er zwölf wurde. „Also muss ich mich durchschlagen, wie es eben geht.“

Im Tarifvertrag zwischen den Zuckerfirmen und Fetape, der Landarbeitergewerkschaft Pernambuco, wird Outsourcing zwar explizit untersagt. Doch Drittfirmen sind immer noch an rund 30 Prozent der Arbeitsverhältnisse beteiligt. „Obwohl diese Firmen die größten Probleme verursachen,

greifen die Kontrollen dort am wenigsten“, berichtet Fetape-Sprecher Paulo Roberto Rodrigues. In dem nordostbrasilianischen Bundesstaat werde ein Viertel des Zuckerrohrs von völlig rechtlosen Arbeitern ohne ordentlichen Vertrag geschnitten.

Irreguläre Arbeitsbedingungen sind auf den Zuckerrohrfeldern keine Seltenheit. Seit 2003 wurden fast 11.000 Menschen aus sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen befreit. Doch mehr Kontrollen, Geldstrafen und eine schwarze Liste, die Sünder von günstigen Krediten ausschließt, zeigen Wirkung: So sind in den letzten drei Jahren deutlich weniger Zuckersklaven entdeckt worden. Doch Probleme wie die Bezahlung nach Akkord, Vergiftungen durch Pestizide oder der Mangel an Wasser, Essen oder menschenwürdigen Unterkünften halten an, selbst dort, wo die Arbeit mechanisiert wird. So starben allein im Landesinneren São Paulos zwischen 2004 und 2010 mindestens 22 Arbeiter an Überanstrengung. Manche Zuckerrohrschneider erreichen eine Tagesproduktion von 17 Tonnen. Im zentralbrasilianischen Goiás waren Helfer bei der mechanisierten Ernte ununterbrochen 24 Stunden im Einsatz. In Mato Grosso do Sul leiden vor allem Indianer unter dem Vormarsch des Agrobusiness. Die kleinen Grundstücke werden durch Zuckerrohr- oder Sojamonokulturen immer

Der Norden soll grüner fahren

Die Erneuerbare Energien-Richtlinie der EU gibt vor, dass jeder Mitgliedstaat 2020 mindestens zehn Prozent seines Energieverbrauchs im Verkehr aus erneuerbaren Quellen deckt. Möglichkeiten wären reine Pflanzenöl-Kraftstoffe, Biodiesel (meist auf Rapsöl-Basis) und Ethanol, das in Deutschland aus Weizen und Zuckerrüben, in den USA aus Mais und in Brasilien aus Zuckerrohr vergoren wird. Diese Kraftstoffe gelten grundsätzlich als klimaneutral, weil das bei der Verbrennung entstehende CO₂ dem CO₂ entspricht, das die Pflanzen bei ihrem Wachstum der Atmosphäre entzogen haben. Sobald jedoch für die Erzeugung Wälder gerodet und bei der Erzeugung fossile Brennstoffe eingesetzt werden, geht die Rechnung nicht mehr auf. Deshalb hat die EU eine Nachhaltigkeitskomponente in die Richtlinie integriert. Soziale Standards spielen dabei jedoch keine Rolle.



Foto: © Verena Glass

In Mato Grosso do Sul schreitet die Mechanisierung voran.

weiter eingekreist. In dem Bundesstaat nördlich von Paraguay starben im letzten Jahr 32 Ureinwohner bei Landkonflikten, immer wieder gehen Jugendliche in den Freitod. Durch den massiven Chemikalieneinsatz in den Monokulturen werden nicht nur Bäche und das Grundwasser auf Indianerland vergiftet, sondern auch Kinder und Alte, Tiere und Felder.

Zahlreiche Multis haben gegen die brasilianischen Arbeits- und Umweltgesetze verstoßen, darunter Bunge (USA), BP, Abengoa (Spanien), Tereos (Frankreich) und Umoie (Norwegen), wie die NGO Repórter Brasil in einer Studie nachgewiesen hat (s. Weitere Informationen/Link). Da der Löwenanteil des Ethanols noch in Brasilien selbst vermarktet wird und die meisten Exporte derzeit in die USA gehen, halten sich die Ausfuhren nach Europa in Grenzen. Regierungsangaben zufolge wurden 2011 gerade 4.000 Liter direkt nach Deutschland geliefert. Belgien importierte letztes Jahr allerdings 13,1 Millionen Liter, Schweden 68,7 Millionen und Holland 78 Millionen. Dennoch verfolgen die brasilianischen Zuckerbarone die aktuelle Debatte um mit Ethanol versetzte Otto-Kraftstoffe wie E10 in Deutschland mit Sorge.

Noch immer träumt Brasilien davon, ein großer Player auf dem Ethanolweltmarkt zu werden. Das ist eine Chance für Europas Regierungen, Gewerkschaften und Verbraucher, die in- und ausländischen Zucker- und Ethanolproduzenten dort in die Pflicht zu nehmen: Je mehr der Druck zunimmt, konkret: Sozial- und Umweltstandards eingefordert werden, desto eher können die brasilianischen Arbeiter und Indigenen auf eine menschenwürdige Behandlung hoffen. Und desto eher könnte das Ethanol tatsächlich einmal den Zusatz „Bio“ verdienen.

Verena Glass

 Die Autorin arbeitet in São Paulo als Journalistin für Repórter Brasil.

 Weitere Informationen: Studie „Brazil's Ethanol in the World“: www.reporterbrasil.org.br/documentos/



Generalstreik: ArbeiterInnen Indonesiens, vereinigt Euch!

Es war der erste Generalstreik in Indonesien seit 50 Jahren. Zwischen einer und drei Millionen FabrikarbeiterInnen – je nach berichtendem Medium – in 20 Distrikten und mehr als 80 Industriegebieten legten am 3. Oktober 2012 die Arbeit nieder.

Sie folgten damit einem Aufruf des neuen Gewerkschaftsdachverbandes Majelis Pekerja Buruh Indonesia, kurz MPBI. Rund 5.000 Produktionsanlagen und Fabriken mussten den ganzen Tag schließen, viele Häfen und Straßen waren blockiert. Der Protest richtete sich vor allem gegen die ständige Ausweitung von Outsourcing und Leiharbeit sowie gegen Niedriglöhne: Obwohl das indonesische Arbeitsrecht Leiharbeit auf wenige Bereiche wie Reinigung, Sicherheit und Catering beschränkt, arbeiten 40 Prozent der Beschäftigten nur mit Zeitarbeitsverträgen. In manchen Bereichen betragen die Stundenlöhne nur 0,60 US-Dollar,

abwarten, ob sich die Bedingungen für die ArbeiterInnen verbessern und die Outsourcing-Praxis ändern lasse. Arbeitsminister Muhaimin Iskandar sagte, die Regierung brauche „sechs bis zwölf Monate, um alle Parteien zu treffen und zu einer Lösung zu kommen“. Arbeitgeberverbände warnen davor, dass ausländische Investoren abgeschreckt werden könnten.

Der MPBI war erst während der Vorbereitungen zum Tag der Arbeit, also zum 1. Mai dieses Jahres von den drei größten Gewerkschaften des Landes gegründet worden. Beobachter sprachen davon, dass sein Aufruf zum Generalstreik und dessen Umsetzung ein erstes Zeichen dafür seien, dass sich die unzähligen Gewerkschaften des Landes möglicherweise schon bald zu einer gemeinsamen politischen Kraft zusammenschließen könnten. Derzeit vertritt der MPBI fünf Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter.

terInnen im Arbeitsrecht fort. Ein ganz großes Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften zu fördern.

Bereits im Abschlussbericht des Bildungswerks von 2011 heißt es: „In Indonesien ist eine für die Gewerkschaften sehr positive Dynamik entstanden: Durch die Allianzbildung und die erfolgreiche Mobilisierung der Mitglieder unterschiedlicher Gewerkschaften konnten gesellschaftliche Erfolge errungen werden, wie z. B. die Verabschiedung der Implementierungsgesetze zur Einführung eines umfassenden Systems der sozialen Sicherheit (...). Das Projekt und die Projektpartner (...) konnten mit ihren Aktivitäten positiv verstärkend auf diese Dynamik einwirken.“ Susanne Ludwig, die das Projekt im DGB Bildungswerk BUND leitet, wertet den Streik als positive Bestätigung der Projektaktivitäten. Seit dem Fall des Diktators Suharto im Mai 1998 wird immer wieder beklagt, dass es den insgesamt 90 Millionen Erwerbstätigen des Landes, von denen nur jeder zweite im formellen Sektor arbeitet, an einer Vertretung fehle, die auch politisch ernst genommen wird. Denn die Gewerkschaftslandschaft ist zersplittert, es gibt unzählige Interessenvertretungen in Einzelunternehmen, die erst seit 2011 beginnen, sich allmählich zu größeren Einheiten zusammenzu-



Foto © TURC

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen politischen Kraft: DemonstrantInnen am 3. Oktober 2012

in der Textil- und Schuhindustrie sind sie niedriger als in China oder Indien. Das System, wie die Provinzregierungen Mindestlöhne festlegen, ist intransparent und ungerecht. Außerdem forderten die Streikenden, dass die geplante nationale Krankenversicherung zum 1. Januar 2014 und nicht erst fünf Jahre später eingeführt wird. Alle drei Themen hatten in den Monaten davor bereits vielfach auf kleineren Demonstrationen und bei lokalen Streiks im Mittelpunkt gestanden.

Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und Wirtschaftsminister Hatta Rajasa erklärten, sie würden

Unterstützt und beraten wird die MPBI-Spitze unter anderem von der gewerkschaftsnahen Nichtregierungsorganisation Trade Unions Right Centre, TURC, die wiederum der indonesische Projektpartner des DGB Bildungswerk BUND ist. Während des Streiks hatten sich TURC-JuristInnen bereit gehalten, um etwaigen Kriminalisierungsversuchen entgegen zu treten.

TURC arbeitet seit mehreren Jahren im Bereich der arbeitsrechtlichen Beratung auch von Einzelgewerkschaften, sie unterstützt ArbeitnehmerInnen bei Prozessen, bildet aber vor allem Gewerkschaft-

schließen. Die Gelegenheit, mehr gewerkschaftliche Macht zu entfalten, ist günstig. Die indonesische Wirtschaft wächst seit Jahren regelmäßig um rund sechs Prozent. Analysten gehen davon aus, dass das Land sich bald neben China und Indien als dritte Zugmaschine Asiens für die Weltwirtschaft etablieren wird. Entsprechend viele Arbeitskräfte werden gebraucht.

Beate Willms



Weitere Informationen bald unter:
www.turc.or.id



Wieder brennt eine Textilfabrik

Nach dem erneuten Brand in einer Textilfabrik – diesmal in Bangladesch – fordern Hilfsorganisationen VerbraucherInnen zum bewussteren, faireren Einkaufen und Unternehmen zu mehr Sorgfalt bei der Wahl und Kontrolle ihrer Zulieferfirmen auf. In einer Fabrik in Dhaka waren am 24. November mindestens 112 Menschen ums Leben gekommen, als ein Feuer ausbrach, rund 200 wurden verletzt. Im September waren in Pakistan bereits rund 300 ArbeiterInnen getötet worden. In den Fabriken hatten ausländische Unternehmen, darunter auch die deutsche C&A, produzieren lassen. Die Textilarbeitergewerkschaft National Garments Workers Federation berichtete von verschlossenen Notausgängen und vergitterten Fenstern. Unterstützt von internationalen Gewerkschaftsverbänden verlangt sie von den Kundenfirmen, endlich einem Brandschutzabkommen von 2011 beizutreten, das beispielsweise Schulungen und unabhängige Korridore vorschreibt. Mindestens vier große Einkäufer sind nötig, damit das Abkommen in Kraft tritt. Bislang haben sich lediglich Tchibo und PVH dazu verpflichtet. Im Rahmen der internationalen Kampagne ExChains, die am 20. September dieses Jahres gestartet wurde, versucht Ver.di über die Beschäftigten und Betriebsräte den Druck auf die Textilhändler zu erhöhen.



Weitere Informationen: www.verdi.de

Guter Film: Müll im Garten Eden

Çamburnu ist ein kleines Bergdorf im Nordosten der Türkei. Die BewohnerInnen leben seit Generationen vom Teeanbau, von der Fischerei und im Einklang mit der Natur. Doch vor zehn Jahren beschloss die Regierung, direkt oberhalb des Dorfes eine Mülldeponie zu bauen. Trotz Protesten entstand eine Anlage, die wichtige Sicherheits- und Baustandards nicht erfüllt und kontinuierlich die Umwelt verschmutzt. Den Teebauern ist die Lebensgrundlage genommen. Als Filmemacher Fatih Akin („Gegen die Wand“) 2006 nach Çamburnu kam, um im Heimatdorf seiner Großeltern das Finale seines Spielfilms „Auf der anderen Seite“ zu drehen, entschied er, die Dorfbewohner mit seinen Mitteln zu unterstützen. Sechs Jahre dokumentierte er den Kampf des kleinen Dorfes gegen die mächtigen Institutionen. „Müll im Garten Eden“ ist zugleich ein bemerkenswertes Porträt der türkischen Gesellschaft abseits der



Foto: © pandora film

DörfelrInnen in Aufruhr

Metropolen und ein bewegendes Plädoyer für Zivilcourage. Kinostart: 6. Dezember 2012.



Weitere Infos: www.facebook.com/Muell.im.Garten.Eden

Böser Film: Der Hobbit

Zum Kinostart des in Neuseeland gedrehten Super-Blockbusters „Der Hobbit“ am 13. Dezember 2012 erinnern die Gewerkschaften des Landes an die Produktionsbedingungen der J.R.R. Tolkien-Verfilmung. Zu Beginn der Dreharbeiten hatte die Schauspielergewerkschaft NZ Equity gefordert, dass sich die Filmstudios Warner Bros. und New Line Cinema an die Standards halten und einen Rahmenvertrag mit ihr aushandeln müssten, nach dem alle SchauspielerInnen als Angestellte verpflichtet würden. Sie warfen Regisseur Peter Jackson vor, nicht mit Darstellern arbeiten zu wollen, die gewerkschaftlich organisiert seien. Jackson drohte daraufhin damit, den Film woanders zu drehen. Die neuseeländische Regierung ließ sich erpressen, sie bot den Studios Steuervergünstigungen und änderte die Arbeitsetze, so dass die SchauspielerInnen als einfache VertragsarbeiterInnen beschäftigt werden durften.



Weitere Informationen: www.union.org.nz/
www.column.global-labour-university.org

Unfaire Fußball-WM in Katar

Rund 100 Milliarden US-Dollar will Katar für den Bau von Stadien und anderen Projekten für die Männer-Fußball-WM 2022 ausgeben. Tausende zusätzliche Arbeitskräfte werden benötigt, die Arbeitsbedingungen aber sind katastrophal. Jedes Jahr kommen hunderte ArbeitsmigrantInnen aus Nepal, Indien, Sri Lanka, Pakistan und Bangladesch ums Leben oder werden verletzt. 94 Prozent der Beschäftigten in Katar sind Wanderarbeitskräfte ohne jegliche Rechte bei der Arbeit. Die Gesetze des Landes untersagen es WanderarbeiterInnen, eine Gewerkschaft zu gründen oder Tarifverhand-

lungen zu führen. Deshalb ruft der Internationale Gewerkschaftsbund zu einer Kampagne für Arbeitnehmerrechte und die ArbeiterInnen in den Stadien auf.



Weitere Informationen: www.act.equaltimes.org/de

Unterdrückte News

Die aktuellsten Nachrichten aus den Gewerkschaften, der Entwicklungs- und Umweltbewegung, Kampagnen und viele gute Argumente muss man sich nicht mehr überall im Netz zusammensuchen: Unter dem Namen „Equal Times“ gibt es eine neue Webseite, die „unabhängig und mit einem klaren Fokus auf soziale Gerechtigkeit“ arbeiten will. Der Internationale Gewerkschaftsbund unterstützt das in Brüssel beheimatete Projekt. Während es bei „Equal Times“ vor allem um von den Mainstream-Medien vernachlässigte Meldungen geht, nimmt sich die NGO Reporter ohne Grenzen offiziell zensurierter Inhalte an. Auf der Site www.wefightcensorship.org verbreitet sie Artikel und Videos, die in manchen Ländern verboten sind und deren Urheber verfolgt werden. „Wir setzen damit auf den Streisand-Effekt: Je stärker Zensoren versuchen, manche Informationen zu unterdrücken, desto weiter verbreiten sie sich.“



Weitere Informationen: www.reporter-ohne-grenzen.de/
www.equaltimes.org/; www.wefightcensorship.org

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Wilms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Zukunftsentwickler.
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.